

BdV appelliert an die CDU/CSU Bundestagsfraktion, den Beschluss des CDU-Parteitages zur Einführung eines Nationalen Gedenktages für die Heimatvertriebenen umzusetzen



Zum Beschluss der CDU, die auf ihrem Bundesparteitag in Hannover die Einrichtung eines ‚Nationalen Gedenktages für die Opfer von Flucht und Vertreibung‘ gefordert hat, erklärt BdV-Präsidentin Erika Steinbach MdB:

Ich begrüße, dass sich die CDU auf ihrem Parteitag für die Schaffung eines ‚Nationalen Gedenktages‘ für die deutschen Heimatvertriebenen ausgesprochen hat. Dieser Gedenktag ist längst überfällig.

In dem Beschluss heißt es:

„Die CDU Deutschlands spricht sich für die Einrichtung eines ‚Nationalen Gedenktages für die Opfer von Flucht und Vertreibung‘ aus. Die CDU Deutschlands bittet die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, im Bundestag einen Beschluss zur Einrichtung eines ‚Nationalen Gedenktages für die Opfer von Flucht und Vertreibung‘ herbeizuführen.“

Es bleibt zu hoffen, dass sich endlich eine Mehrheit im Deutschen Bundestag dafür findet, dieses Zeichen der Verbundenheit mit den deutschen Heimatvertriebenen und ihren Nachkommen zu setzen. Dieser ‚Nationale Gedenktag‘ wäre auch eine Anerkennung des Beitrags der deutschen Heimatvertriebenen zum Aufbau Deutschlands und zum friedlichen Miteinander in Europa.

Bislang haben alle Bundesregierungen, wie auch die Regierungen in den einzelnen Bundesländern, immer wieder den Vertriebenen für diese Leistungen ihre Anerkennung gezollt. Alljährlich werden bundesweit zum Tag der Heimat die öffentlichen Gebäude beflaggt. Der ‚Nationale Gedenktag‘ könnte als nachhaltiges Zeichen gelebter Solidarität hinzutreten.

PRESSEMITTEILUNG

12. Dezember 2012

www.Bund-der-Vertriebenen.de

Herausgeber:
Bund der Vertriebenen
Vereinigte Landsmannschaften
und Landesverbände e.V.
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn

Telefon (0228) 8 10 07 26
Mobil (0175) 6 69 36 41
Telefax (0228) 8 10 07 52